Preis 15 ₰
mit „Volk und Zeit“.

Hamburger Echo

Hamburg-Altonaer Volksblatt

Gegründet 1875

Das Hamburger Echo erscheint täglich einmal, außer den 2. Feiertagen. Bezugspreis: Monatlich 2,75 Mk., ohne „Lachen links“ 2,25 Mk. Wöchentlich 0,65 Mk., ohne „Lachen links“ 0,55 Mk., für Abholer 0,60 Mk., ohne „Lachen links“ 0,50 Mk. Auch durch die Post zu beziehen. Redaktion: Fehlandstraße 11, erster Stock. Fernsprecher: Elbe 1691 und 1693. Verantwortlicher Redakteur: Paul Bugdahn, Altona. Buchhandlung: Fehlandstraße 11, Erdgeschoß. Buchdruckereikontor: Fehlandstraße 11, erster Stock.

Anzeigenpreise verstehen sich in Reichsmark: die 13 gespaltene Nonpareillezeile 40 Pf. Private Familienanzeigen 25 Pf. Stellenangebote 30 Pf. Stellengesuche 25 Pf. Kleine Anzeigen bis 9 Zeilen die Zeile 25 Pf., 10 bis 15 Zeilen die Zeile 30 Pf. Reklamezeile 3 Mk. Anzeigen müssen im voraus oder sofort bezahlt werden. Anzeigenannahme Fehlandstraße 11 im ersten Stock (bis 7 Uhr abends für den folgenden Tag), in den Filialen (bis 3 Uhr) und in allen Annoncenbureaus. Plan- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Nummer 94 | Sonntag, 4. April 1926 | 52. Jahrgang

Stirb und werde!

Was die Natur im ewigen Wechsel der Jahreszeiten hervorbringt, was als religiöses Symbol dieses natürlichen Vorganges in den Auferstehungsmythen aller Völker wiederkehrt, das ist in der geistigen Entwicklung des Kulturmenschen zur sittlichen Pflicht, zum Gebot der immerwährenden Erneuerung des eigenen Wesen geworden. Nicht wie wir waren, sollen wir bleiben, sondern über uns hinaus sollen wir wachsen, das Alte hinter uns lassend, das Neue mit aller Inbrunst erstrebend: dann erst erfüllen wir den Sinn des Lebens.

Es ist Goethe, der Dichter des faustischen Osterfeiertages, der diesem Sinn die Worte lieh:

Und so lang Du das nicht hast,
Dieses: Stirb und werde!
Bist Du nur ein trüber Gast
Auf der dunklen Erde.

Das ist die wahre Diesseitsreligion, die das Besserwerden der Menschheit nicht auf ein imaginäres Jenseits verschiebt, sondern es hier auf der Erde fordert. Und es auch hier nicht in eine nebelferne Zukunft verweist, sondern jeden einzelnen unter uns mahnt: Laßt uns besser werden, gleich wird's besser sein.

So leicht das Wort ausgesprochen, so schwer ist seine Ausführung. Denn es fordert in der Tat nicht weniger als die Ueberwindung des Angewöhnten in uns, es fordert Vernichtung des alten und die Hervorbringung eines neuen Wesens aus uns selber. An solcher Aufgabe sich zu versuchen, ist nicht jedermanns Geschmack. Wirkt doch im einzelnen wie in der Gesamtheit kaum eine Kraft so stark wie das Beharrungsvermögen. Der Hang zur Gewohnheit hat noch jede große Bewegung vor der Zeit flügellahm gemacht. Und vor dem unbekannten Neuen empfindet nicht nur das Tier instinktiv Furcht und Abneigung. Es gab auch unter den Menschen immer nur verhältnismäßig wenige, die leidenschaftlich das Neue wollten, die bereit waren, um seinetwillen das Alte zu verbrennen und sich selbst mit zu opfern. Aber das Beispiel der Wenigen war immer auch stark genug, um viele mit fortzureißen, und nur so sind die großen Erneuerungen, die Auferstehungstage in der Menschheitsgeschichte überhaupt möglich geworden, mögen sie nun Religionsstiftung, Reformation, politische oder soziale Revolution heißen.

In der herkömmlichen Geschichtschreibung, noch mehr in der religiösen Legende, erscheinen solche Wandlungen vom Alten zum Neuen meist als plötzlich auftretende Ereignisse, als Wunder sozusagen, die wie mit einem Schlage aus dem Saulus einen Paulus werden lassen. Die Wirklichkeit kennt keine solchen Wunder. In ihr vollzieht sich alles, auch das scheinbar Plötzliche, wie das Erwachen der Natur im Frühling, nur allmählich. Lange bevor es in Erscheinung trat, hatte es sich schon vorbereitet. Das gilt auch von den geistigen und politischen Wandlungen, die wir in unserer Zeit selbst miterleben. An einem Beispiel, das uns gerade jetzt vorliegt, läßt sich das klar erkennen. Da hat der bekannte General Paul Freiherr von Schönaich ein Buch geschrieben, das seine Erlebnisse und Bekenntnisse, also die Wandlung vom Militaristen zum Pazifisten, vom Monarchisten zum Republikaner, enthält. Das Buch trägt den Titel „Mein Damaskus.“*) Unwillkürlich erweckt dieser Titel den Eindruck, als ob es sich bei der Wandlung des Freiherrn von Schönaich um einen ähnlich wunderbaren Vorgang gehandelt hätte, wie bei der legendären Bekehrung des Apostels Paulus zum Christentum. Liest man aber das Buch — und es liest sich außerordentlich fesselnd und interessant — dann wird man bald gewahr, daß der Uebergang dieses wahrheitsmutigen Bekenners von der Kriegsbegeisterung zur unbedingten Kriegsgegnerschaft sich keineswegs mit einem Schlage vollzogen hat, sondern daß ein in seiner reinen Menschlichkeit begründeter Widerwille gegen den organisierten Massenmord ihn schon am ersten Kriegstage, als er ins Feuergefecht geriet, davon abgehalten hat, Menschen zu töten. Von jenem Tag im August 1914 bis zu dem Augenblick im November 1918, wo Schönaichs Glaube an die Monarchie durch die Flucht des gekrönten Kriegsherrn den letzten Halt verlor, war freilich ein langer Weg. Aber verwunderlich ist eigentlich daran nur, daß nicht alle, die den gleichen Weg mitgegangen sind, auch ihr Damaskus gefunden haben. Hier zeigt sich, wie wenig tief selbst so gewaltige Erlebnisse wie der Weltkrieg das Wesen der Menschen im allgemeinen zu ändern vermögen. Mußte doch General Schönaich am Ende seiner militärischen Laufbahn noch erleben, daß ihn seine Standesgenossen wegen seines Wahrheitsmutes in der erbärmlichsten Weise brüskierten und ihn, nachdem er sich zu stiller schriftstellerischer Tätigkeit auf ein kleines Landgut bei Reinfeld in Holstein zurückgezogen, nach allen Regeln der Vorkriegszeit gesellschaftlich und wirtschaftlich zu boykottieren versuchten.

Immer noch herrscht in weiten Volkskreisen der instinktive Haß und die wohlberechnete Abneigung gegen das Neue im Wesen der Menschheit. Unter dem Schlagwort „Zurück zu Bismarck“ hat man in den letzten Tagen noch wieder versucht, gegen die demokratische Staatsform und gegen den Gedanken der Völkerversöhnung zu demonstrieren. Immer wieder soll der Glaube an die allein erfolgversprechende Gewaltpolitik zu neuem Leben erweckt, die natürliche Friedenssehnsucht der Völker abgetötet werden. Umsonst! Dieser Friedensgeist ist unsterblich; er wird am Ende doch über den Kriegswahnsinn triumphieren. Während seine Feinde sein Grab zu hüten glauben, in das sie in unsern Tagen am liebsten auch die Idee des Völkerbundes verscharren möchten, ist er längst erstanden und hat sich über sie erhoben. Aber es gehört ein entschlossener Wille dazu, sich von überlebten Anschauungen loszureißen und dem Geist der neuen Zeit mit ganzer Kraft zu dienen, um ihn gegen allen Widerstreit zum Siege zu führen.

*) Verlag der Neuen Gesellschaft, Berlin-Hessenwinkel.

Reichsminister über die Lage.

Optimistische Osterbetrachtungen des Innen- und des Finanzministers.

In der Osternummer der Dresdener Neuesten Nachrichten veröffentlicht der Reichsinnenminister Külz einen Aufsatz, in dem er sich über die innerpolitische Lage wie folgt ausspricht:

Die Fortschritte sind unverkennbar, aber auch die Mängel. Die Staatsform ist stabilisiert, die Staatsgesinnung aber noch nicht. Die Währung ist stabilisiert, die Wirtschaft noch nicht. Regierung und Parlament leisten ein ungeheures Maß von Arbeit, aber fundiert ist die Arbeit noch nicht. Doch weist die ganze Entwicklung unverkennbar vorwärtsdrängende Tendenzen in Staat und Wirtschaft auf. Die gegenwärtige Regierung ist eine gesunde Mischung von Parlamentarismus und sachlicher Organisierung. (?) Der Finanzminister konnte noch vor Ostern das ganze Steuerreformwerk in den sichern Hafen bringen. Einige Ansätze zum Bessern zeigen sich in der Wirtschaft. Sie gilt es auszubauen und zu fördern. Vom Reichstag wird es abhängen, mit welchem Erfolg hier praktisch gearbeitet werden kann. Bewährt er dabei die gleiche Arbeitskraft und Disziplin wie beim Haushaltsgesetz, das seit 15 Jahren erstmalig zur rechten Zeit verabschiedet wurde, so darf man mit berechtigter Hoffnung in die Zukunft blicken.

In demselben Dresdener Blatt hat auch Reichsfinanzminister Reinhold seine Ansichten über die gegenwärtige Lage kundgetan. Er sagt in dem Artikel u. a.:

Wenn nicht alle Anzeichen trügen, hat die schwere Krise der deutschen Wirtschaft, die im Sommer vorigen Jahres einsetzte und die in den letzten Wochen zu der erschreckenden Zahl von über 2 Millionen unterstützungsberechtigter Erwerbsloser führte, ihren tiefsten Punkt erreicht. Noch zeigt das Barometer der Wirtschaft keineswegs gutes Wetter; kein Einsichtiger ist auch im Unklaren, daß der Wiederaufstieg schwer und langsam sein wird und daß wir, ähnlich wie England, noch lange Zeit mit sehr hoher Erwerbslosenzahl rechnen müssen. Aber der lähmende Druck, der bisher auf unserm Wirtschaftsleben lag, ist doch im Schwinden und auf manchen Gebieten des geschäftlichen Lebens zeigt sich neue Unternehmungslust.

In dem Artikel heißt es weiter: Zu erreichen ist das Ziel, von dem unsere wirtschaftliche wie politische Zukunft abhängt, nur, wenn wir in Erkenntnis unserer Not durch Verwaltungsreform und Ausgabenabbau, selbstverständlich bei voller Erfüllung unserer sozialen und kulturellen Pflichten, das Maß unserer öffentlichen Lasten ganz wesentlich herabdrücken. Das Steuermilderungsgesetz ist gleichsam der erste Schritt auf dem schwierigen Wege, an dessen Ende als Ziel die durchgreifende Verwaltungsreform steht, die allein jene erhebliche Reduzierung der Lasten bringen kann, die unsere Wirtschaft und unser ganzes Volk braucht. Zur Erreichung dieses Zieles wird es aber nicht nur eines festen Willens der Regierung, sondern der vertrauensvollen Mitarbeit des ganzen Deutschland bedürfen.

Sinken der Berliner Arbeitslosenziffer. In der abgelaufenen Woche ist die Zahl der Arbeitslosen in Berlin um 1322 zurückgegangen und beträgt nunmehr 244 152 Personen.

Ratifizierung des deutsch-türkischen Handelsabkommens. Das im Dezember 1925 in Angora durch Notenwechsel vereinbarte vorläufige Handelsabkommen zwischen dem Deutschen Reich und der Türkischen Republik ist ratifiziert worden.

Um die Reorganisation des Völkerbundes.

SPD. Paris, 3. April.

Die Unterhaltung Briands mit dem deutschen und englischen Botschafter hat in den diplomatischen Kreisen von Paris Aufsehen erregt. Man gibt der Vermutung Ausdruck, daß nicht zuletzt das Problem der Reorganisation des Völkerbundes Gegenstand der Aussprache war. Der Temps hält die Lösung des Problems der neuen Gestaltung des Völkerbundes für ziemlich schwierig, weil man bisher noch nicht wisse, auf welcher Grundlage sie beruhen soll. Ein einziger Punkt, nämlich die Zuweisung eines neuen ständigen Ratssitzes an Polen, könne durch die normale Neuwahl im September erledigt werden. Dagegen rief die grundsätzliche Frage der Erweiterung des Rates durch Zuweisung ständiger Sitze an Spanien und Brasilien die Gefahr hervor, auf die gleichen Schwierigkeiten zu stoßen wie auf der letzten Tagung in Genf. Das Blatt erinnert daran, daß Spanien einen ständigen Sitz sowohl von England als auch von Frankreich zugesagt worden sei, und hält es für wenig wahrscheinlich, daß Deutschland nach seiner Aufnahme in den Rat Einwendungen gegen die spanische Kandidatur erheben werde. Der Temps wendet sich schließlich gegen die Darstellung der Täglichen Rundschau, daß es Deutschland freistehe, seine Aufnahme ganz zurückzuziehen, falls die Verhandlungen eine für Deutschland unerwünschte Wendung nehmen sollten. Immerhin hofft das Blatt, daß diplomatische Verhandlungen eine klare, zu keinem Mißverständnis Anlaß gebende Situation schaffen werden.

Völkerbundfragen im Orient.

Meinungsverschiedenheiten über das Mandat Syriens.

Der diplomatische Berichterstatter des Daily Telegraph schreibt:

Im Zusammenhang mit dem syrischen Mandat sind Meinungsverschiedenheiten zwischen der von Boncour vertretenen französischen Regierung und andern Mitgliedern des Völkerbundes entstanden. In London ist von Anfang an die Ansicht vertreten worden, daß der neue türkisch-französische Vertrag mit Rücksicht auf die Beschränkung der Befugnisse der Mandatarmacht einer sofortigen Prüfung des Völkerbundsrates unterzogen werden müßte, zumal territoriale Regelungen, wie sie der Vertrag einschließe, ohne Genehmigung des Völkerbundes von einer Mandatarmacht nicht vorgenommen werden dürfen.

Boncour vertritt dagegen die Ansicht, daß der Vertrag nach seiner Ratifizierung wie alle übrigen Verträge beim Völkerbund registriert werden müsse, daß der Grundsatz bezüglich territorialer Aenderungen unanfechtbar sei und daß die fragliche Grenzregulierung nichts anderes bedeute, als die endgültig an Ort und Stelle vorgenommene Durchführung der Bestimmungen des Angoravertrages vom Jahre 1920, der später in den Lausanner Vertrag aufgenommen sei.

Der zweite Punkt, über den Boncour und die von Scialoja und dem Präsidenten des Ständigen Mandatsausschusses, Teodoli, vertretene italienische Regierung verschiedener Meinung sind, ist die Frage der Zuständigkeit des syrischen Kongresses. Nach italienischer Anschauung muß der Bericht der Mandatskommission über die französische Verwaltung Syriens, der einen Tadel für die bisherige französische Verwaltung enthält, offiziell dem syrischen Kongreß unterbreitet werden. Boncour widersetzt sich heftig einem solchen Verfahren.

Chamberlain scheint, wie der Berichterstatter bemerkt, dem französischen Standpunkt zuzuneigen, hat sich aber bis zum Empfange eines Berichts seines Sachverständigen seine Ansicht vorbehalten.

Japans Vorbehalte für die Abrüstungskonferenz.

Nach Blättermeldungen aus Tokio hat die Regierung dem japanischen Delegierten für die Vorbereitende Abrüstungskonferenz folgende Anweisungen erteilt:

1. Die Besprechungen sollen sich nur auf durchführbare Maßnahmen erstrecken.
2. Luftfahrtfragen dürfen nicht angeschnitten werden.
3. Japan betrachtet eine Abschaffung der Unterseeboote als undurchführbar.
4. Japan fordert ein Verbot der Verwendung giftiger Gase im Kriege.

Regierungskrise in Jugoslawien. Die Blätter veröffentlichen eine Erklärung Stephan Raditschs, nach der er seine Forderungen in der Regierungskoalition aufrechterhält. Die Minister, die Anhänger Raditschs sind, nahmen an dem Kabinettsrat heute nicht teil. Es findet eine zweite Sitzung des Kabinetts statt, in der über das Schicksal der Regierung entschieden wird.

Der chinesische Krieg.

Bombenabwürfe auf Peking.

Reuter meldet aus Peking. Heute vormittag überflogen Bombenflugzeuge der verbündeten Truppen Peking mit dem offenbaren Ziel, das Hauptquartier der Kuomintschun-Armee anzugreifen. 4 sechzigpfündige Bomben fielen auf das Gelände des Winterpalastes in der Nähe der französischen Mission an der Kathedrale Paitang nieder. Es wurde niemand verletzt.

Später wird noch gemeldet, daß weitere 4 Bomben im Chinesischen Viertel abgeworfen wurden, die mehrere Häuser beschädigten. In einem chinesischen Hochzeitszuge wurde die Braut durch Bombensplitter getötet.

Die Finanzkalamität Frankreichs.

Keine Aussicht auf Annahme der Steuervorlagen.

WTB. Paris, 3. April.

Die Stellungnahme des Finanzausschusses des Senats zu den Steuerbewilligungen der Kammer hat den in den letzten Tagen herrschenden Optimismus hinsichtlich der endlichen friedlichen Lösung wieder ins Wanken gebracht. Im besonderen beunruhigt die Ablehnung der Bestimmungen über die Einführung von Monopolen auf Petroleum und Zucker, da die Sozialisten zur Vorbedingung der Stimmenthaltung die Annahme beider Monopole machten. In den Wandelgängen der Kammer wurde denn auch, wie Echo de Paris berichtet, bereits davon gesprochen, daß die Sozialisten und auch ein Teil der Radikalen, falls der Senat die Beschlüsse seines Finanzausschusses billigen würde, erklären würden, sie hätten ihre Handlungsfreiheit wiedergewonnen. Auch nach dem Matin glauben selbst die größten Optimisten nicht mehr daran, daß es noch heute zum Abschluß der Steuerberatungen durch Billigung der Senatsbeschlüsse durch die Kammer kommen wird.

*

Preiserhöhung infolge des Frankensturzes.

WTB. Paris, 3. April. Wie Journée Industrielle zu wissen glaubt, sind die zuständigen Stellen mit der Prüfung einer Erhöhung der Eisenbahntarife für den Güter- und Personenverkehr, die sich auf höchstens 10 % belaufen und mit dem 1. Mai in Kraft treten soll, beschäftigt.

Es handelt sich bei dieser Tariferhöhung ebenso wie bei der angekündigten Brotpreiserhöhung offenbar um Auswirkungen der Währungsverschlechterung, die in dem jüngsten Frankensturz ihren Ausdruck fand.

Das Bürgerkriegsgespenst der Roten Fahne.

SPD. Berlin, 3. April.

Die Rote Fahne hatte am Freitag wegen eines angeblich in Mitteldeutschland geplanten Stahlhelmmanövers Alarm geschlagen. Der preußische Minister des Innern hat die Behauptung des Blattes, daß 8000 bis 9000 Teilnehmer gemeldet seien und eine Anzahl Junkerflugzeuge mitwirken sollten, sofort von den zuständigen Stellen nachprüfen lassen. Das Ergebnis ist in der folgenden amtlichen Meldung niedergelegt:

Nach den Berichten des Regierungspräsidenten in Merseburg (Grützner) treffen die Angaben der Roten Fahne in keiner Weise zu. In der Zeit vom 5. bis 9. April sind keine Veranstaltungen angemeldet; dagegen sind für die Ostertage vom 2. bis 5. April Wanderungen und rein sportliche Veranstaltungen einer Jugendorganisation der verschiedensten politischen Einstellungen angemeldet. Der Regierungspräsident hat nach eingehender Prüfung des Sachverhalts keinen Anlaß gesehen, diese sportlichen Jugendspiele zu verbieten oder zu behindern. Dafür, daß Unternehmungen anderer Art geplant waren, liegen Anhaltspunkte nicht vor. Immerhin werden die Behörden genau überwachen, um bei Zuwiderhandlungen gegen gesetzliche Bestimmungen sofort einzuschreiten.

Im Dresdener Volksopfer-Prozeß

wurde am Sonnabend die Beweisaufnahme geschlossen. Aus den Aussagen der letzten Zeugen ging deutlich hervor, daß die nationalen Kreise Dresdens alles versucht hatten, um die unerhörten Vorgänge zu vertuschen. Hauptmann Siemers erklärte offen, man wollte wegen des „Wonnegeheuls der roten Presse“ unter allen Umständen nichts bekannt werden lassen. Meißner habe sich anfangs auch bereitgefunden, Schadenersatz zu leisten, um keinen neuen „Barmat-Skandal“ aufkommen zu lassen.

Als die Vernehmung der Zeugen beendet war, sollte Meißner in einer von ihm beantragten Geheimsitzung Gelegenheit gegeben werden, die hochstehende politische Persönlichkeit zu nennen, die ihm das veruntreute Volksopfergeld zur Verfügung gestellt habe. Der Angeklagte verzichtete aber auf die Geheimsitzung. Er erklärte, den Namen wolle er nicht nennen, um nicht wirksames Agitationsmaterial gegen die Abfindung der früheren Fürstenhäuser zu liefern. (!) Am Mittwoch geht der Prozeß weiter mit dem Plaidoyer der Anklagevertreter.

Der Schuß auf den Teufel.

Eine Geschichte aus dem Frankenwald von Gustav Schröer

[53]

Bei Fanny Reitmann war es ähnlich. Die war fortgerückt, weil ihr der Rücken weh tat, und in der Ecke konnte sie sich bequemer setzen.

Als Linda Hinkels Stubentür hinter sich zu machte, lachte die Alte. Ich werde so dumm sein und die Wahrheit sagen. Man muß bei Heinriette auf alles gefaßt sein. Die kann einem ja sonst was antun.“ Reitmanns Fanny aber machte böse Augen hinter Linda her. „Die treibt die Frechheit weit!“

Linda kehrte zuversichtlich heim, tröstete die Großmutter, klärte den Zusammenhang. Heinriette seufzte. „Es kann ja so gewesen sein, aber die Leute können halt auch anders denken.“ Leberecht nickte Linda zu. Ihre Raschheit freute ihn. Im übrigen glaubte er nicht an die Erklärungen.

Nun tauchte im Dorfe ein neues Gerücht auf. Das war aber so ungeheuerlich, daß es niemand recht über die Lippen wollte. Selbst der ärgsten Schwätzerin nicht. Nein, daran konnte niemand glauben. Ach nein, so arg konnte es Heinriette nicht treiben, so schlecht konnte sie nicht sein! Der alte Leberecht war ja doch ein Ehrenmann, und wenn er schließlich auch nichts dafür konnte, daß seine Frau ihn dem Kroppen Schneider abgenommen hatte, so duldete er dies Unerhörte ganz gewiß nicht. Es war, wirklich, es war so fürchterlich, daß einem schon die Haut schauderte, wenn man nur daran dachte.

Was denn? Was? Niemand weiß etwas. Um Gotteswillen nicht davon reden. Jetzt, in der heiligen Zeit, schon gar nicht. Aber das kann einem niemand verdenken, wenn man mit den Leuten nichts gemein haben will. Mit keinem von ihnen. Man weiß ja nicht, ob nicht selbst Leberecht oder gar Linda damit zu tun haben.

Auch Albin Rotermann holt man jetzt lieber nur in den allerdringendsten Fällen. Der geht ja alle Tage dort aus und ein. Da ist seine Frau anders. Das muß man sagen. Sie hält was auf sich. Mag sie früher gewesen sein wie sie will, jetzt hält sie was auf sich. Die weiß es übrigens ganz genau, aber sie spricht kein Sterbenswort. „Und wenn Ihr mir das Herz aus dem Leibe reißt, ich spreche nichts,“ sagt sie. Es muß etwas ganz Fürchterliches sein.

Was sorgende Liebe vorausgesehen, das kam. Das Meißnerhaus lag außerhalb des Dorfes, ja, außerhalb der Welt. Keiner betrat es. Heinriette wagte sich nicht mehr über die Straße. Linda begegnete fast überall Abweisung, mindestens aber Zurückhaltnug. Leberecht jedoch saß so ernst, aufrecht und sicher wie sonst im Kreise der Kirchenväter und tat, als spüre er deren vorsichtiges Wesen nicht im geringsten. Am härtesten traf das alles Linda. Sie drang in den Großvater, Schritte zu tun. Der wehrte ab. Was nicht zu fassen sei, das sei nicht zu fassen. Zeit lassen. Wenn die Leute wieder mehr Arbeit haben, dann kommen sie von selber auf andere Gedanken. Als sie sich gar nicht mehr zu helfen wußte, schrieb Linda an den Vater. Es war ein lauter Hilfeschrei. Georg Wiefel aber lächelte, als er den Brief erhielt. So schlimm wird es ja nicht gleich sein, und außerdem: Ihm ist es gar nicht unlieb. Was vernünftiges Zureden nicht erreichte, das schafft vielleicht der grausame Aberglaube. Ihr Hof wird den alten Leuten verleidet, sie verkaufen ihn und ziehen in die Stadt. Mindestens aber wird sich Linda nun loslösen lassen. In dem Sinne schrieb er zurück, und Linda weinte, als sie den Brief erhielt.

Zu denen, die dem Hause die Treue hielten, gehörten außer den Junkers und zwei oder drei andern Familien, Albin Rotermann und Fidus Anger.

Albin kam jeden Tag. Sein ganzes Dasein war noch viel jämmerlicher als früher. Früher war wenigstens Leben im Hause gewesen, wenn es auch nicht viel mehr als harte Worte gebracht hatte, jetzt herrschte der Tod. Alles war erstarrt. Sie kümmerte sich nicht mehr um ihren Mann, weder im Guten noch im Bösen, sie lachte nicht, sie weinte nicht, sie ging, und sagte nie, wohin sie ging; sie kam, und sagte nie, woher sie kam. Sie verfiel, die Röcke wurden ihr zu weit, das Haar ward grau. Ihre Augen irrlichterten und waren hart.

Albin konnte nun wieder leidlich lesen. Sobald Rosalie aus dem Hause war, ruhte das Webschifflein. Dann nahm er seine alte, zerlesene Schulbibel, blätterte und las. Er stieß auf viele Worte, die ihm wohl taten, und die er sich merken wollte. Das Wort, das er suchte, fand er nicht, und die andern vergaß er. Sein Kopf tat ihm immer so weh. Linda aber mochte er nicht um das Wort fragen, obwohl sie in allem seine Vertraute war.

Sie hatte viel an dem große Kinde zu trösten. Ja, einmal, als er ganz verzweifelt war und laut weinte, machte sie es mit ihm, wie es der Großvater mit ihr selber gemacht hatte. Sie führte ihn an das Bild an der Wand, erzählte ihm die Geschichte von sinkenden Petrus, und als sie des Petrus Schreckensruf: „Herr, hilf, ich versinke!“ laut aussprach, da starrte ihr Albin erschrocken in das Gesicht. Da sie aber des Heilands tröstende Worte wiederholte: „Kleinmütiger, warum zweifelst du?“ da faltete Albin still und ergeben die Hände.

Linda war es auch, die ihn wieder auf seine Heilwege wies. Wenn ihm Rosalie sagte, der oder jener sei dagewesen, er müsse nun hingehen, schüttelte er den Kopf. Er ging dann gewöhnlich zu Linda und erzählte ihr, daß er gerufen worden sei. Sie entschied und entschied danach, ob Albin ein inneres Muß spürte oder nicht.

Auch Fidus blieb dem Hause treu. Die Mutter nahm ihn ernsthaft vor. „Fidus, das muß nun ein Ende haben. Was zuviel ist, das ist zuviel.“

„Was ist denn zuviel?“

„Wie die Leute jetzt reden.“

„Was reden sie denn?“

„Ich — weiß nicht.“ Christine Anger hatte etwas gehört, nichts Gewisses, aber wenn das wahr war, was man vermuten mußte, dann war es fürchterlich.

Fidus zürnte. „Geh heraus mit der Sprache.“

„Ich — weiß es selber noch nicht richtig, aber . . .“

„Nun geh ich grade. Und wenn etwa Rosalie wieder kommt, um Dich aufzuhetzen, dann sag der auch: Ich ging nun grade!“ Er stülpte die Mütze auf den Kopf, zu gehen.

Die Mutter stellte sich ihm in den Weg. „Fidus, ich bin Deine Mutter. Du bleibst da!“

Er schob sie beiseite. „Ich gehe!“

Die Liebe zwischen ihm und Linda war stiller, aber tiefer geworden, und auch dem alten Leberecht gefiel der Bursche immer besser. Er sagte ihm dann und wann ein ernstes, gutes Wort. Das tat Fidus wohl.

Im übrigen trumpfte er auf. „Ich habe mir meinen Plan schon gemacht. Am zweiten Feiertag ist Tanz. Willst Du gehen, Linda?“

„Nein, ich gehe nicht.“

„Das ist mir auch lieber. Ich denke, es wird was geben.“

„Fidus, Du wirst doch keine Dummheiten machen.“

„Das kommt ganz darauf an. So lasse ich das nicht weiter gehn.“

Nun war Linda doppelt in Sorge. Sie schrieb abermals an den Vater. Diesmal war der Brief weniger ein Hilfeschrei, diesmal war er mehr Befehl. „Vater, Du mußt kommen, Du mußt Dich Deines Kindes annehmen!“

Fidus aber hatte sich mit Gotthold Junker und Ludwig Siebenschein verabredet. Man stand in der heiligen Zeit. Da blühte der Aberglauben.

(Fortsetzung folgt.)